

Nora Szász

Kundgebung zum Prozess von Kristina Hänel am 12.12.2019 vor dem Landgericht Gießen.

Rede

Es gibt kein einziges weiteres westeuropäisches Land, in dem Ärzt*innen bei Geld - und Gefängnisstrafe heute noch verboten ist, Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen zu geben.

Es gibt kein einziges weiteres westeuropäisches Land, das heute noch ungewollt schwangeren Frauen vorschreibt, wo und wie sie sich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren haben.

Es gibt kein einziges weiteres westeuropäisches Land, wo Abtreibungsgegner*innen seit vielen Jahren die Justiz für ihre ideologischen Zwecke instrumentalisieren, in dem sie mit Hilfe eines alten Strafrechtsparagrafen aus der Nazizeit, Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, zum Schweigen oder vor Gericht bringt.

Es ist die Idee, die dahinter steckt und von Abtreibungsgegner*innen in infiltrierend in unsere Gesellschaft hineingetragen wird, dass je strenger die Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch sei, je mehr Verbot es gibt, desto eher kann das Ungeborene geschützt und Abbrüche verhindert werden.

Diese Idee ist falsch. Wir wissen sehr genau und das ist gut belegt, dass eine restriktive Gesetzgebung bezüglich Schwangerschaftsabbrüche nicht mit einer niedrigeren Abbruchrate korreliert. Sie korreliert aber sehr wohl mit dem Leid von ungewollt schwangeren Frauen, die – wie etwa in Polen – gezwungen sind, zu Eingriffen in andere Länder zu reisen. Frauen gefährden dabei ihre Gesundheit und ihr Leben.

Während es auf der einen Seite immer mehr Länder weltweit gibt, die ihre Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch liberalisieren, wie etwa in Irland im letzten Jahr oder jüngst Neuseeland, gibt es auf der anderen Seite Länder wie Norwegen oder US-Bundesstaaten, die sich mit diesbezüglichen Verschärfungen befassen. Zu den letzteren ist mit der Reform des § 219a auch Deutschland zu zählen.

Fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen auch hierzulande entfalten ihre Aktivitäten internationaler und vernetzter als je zuvor und bilden dabei bedrohliche Allianzen mit der politischen Rechten. Hier geht es längst nicht mehr nur um die Verhinderung von Schwangerschafts-abbrüchen, sondern vielmehr um die Durchsetzung von Kontrolle und

Fremdbestimmung im Bereich der Reproduktion. Sexualität und persönlichen Lebensentwürfen.

Wir alle sind heute hier zusammen gekommen, um Kristina Hänel zu unterstützen. Liebe Kristina, wir stehen hinter Dir! Und wenn Du gleich über die Schwelle in den Gerichtssaal treten wirst, dann folgen wir Dir, dann geht es Dir und uns nicht nur darum, ob Du Dich mit der Gestaltung Deiner ärztlichen Website schuldig gemacht habest, gegen den §219a zu verstoßen, sondern, dass Du Dich damit zugleich den Angriffen der fundamentalistischen Abtreibungsgegner*innen im Ganzen entgegenstellst. Denn dies ist ein politischer Prozess.

Und, liebe Kristina, dass und wie Du dies seit vielen Jahren tust, nicht nur als praktizierende Ärztin, tagtäglich ungewollt schwangeren Frauen liebevoll und kompetent zu behandeln und zu versorgen, sondern auch bereitwillig Deine Freizeit opferst für den Kampf um Frauengesundheit und Menschenrechte, für all Deine Mut und Deine Zivilcourage, dafür gebührt Dir mein ganzer und tiefer Respekt. Und meine Dankbarkeit.

Du bist Vorbild mit Deiner Unerschrockenheit und Durchhaltevermögen.

Im Zentrum Deines Handelns steht dabei immer die einzelne betroffene Frau um die es geht.

Ich bin überzeugt davon, dass wir eines Tages das Ziel erreichen werden, dass der Schwangerschaftsabbruch auch in Deutschland nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird, sondern als das gesehen wird, was er ist, eine gesundheitliche Angelegenheit von Frauen.